

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sommt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und geschränkter Abreiß. 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmon-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. i. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. Mai d. J. den Professor der dogmatischen Theologie an dem erzbischöflichen Lyceum in Ugram Dr. Karl Klemente zum Ehrendomherrn des Agramer Metropolitankapitels, dann den Chorpräbendär der Agramer Metropolitankirche und Konsistorialrath Joseph Juratović und den Pfarrer zu Lipovljani Georg Jerković zu Ehrendomherren des Cazmaer Kollegiatkapitels allernächst zu ernennen gerah.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 12. Mai.

Ende Oktober sollen die Landtage wieder ihre Thätigkeit beginnen. Deinnach dürfte der Schluss der gegenwärtigen Session des erweiterten Reichsraths nahe bevorstehen, denn es ist ja bestimmt, daß der engere Reichsrath und die Landtage Ungarns und Kroatiens vor Zusammentritt der Landtage in den deutsch-slavischen Ländern einzuberufen werden sollen. Nun haben aber der jetzige Reichsrath sowohl, als der ihm folgen sollende engere Reichsrath so viel wichtige Angelegenheiten zu erledigen, daß es rein unmöglich ist, bis Oktober damit fertig zu werden und den Reichsratsmitgliedern, die zugleich Landtagsmitglieder sind, ist doch auch eine kleine Ferienzeit zur Erholung zu gönnen. Der Aufforderung, rascher zu arbeiten, wird wohl nachkommen werden müssen, wenn nicht die ganze konstitutionelle Maschinerie in's Stocken kommen soll.

Die „Wiener Abendpost“ enthält folgendes Kommunikat: „Verschiedenen Gerüchten gegenüber, welche in hiesigen und auswärtigen Blättern an die Mission eines Bevollmächtigten des Turiner Kabinetts geknüpft wurden, glauben wir auf das bestimmteste feststellen zu müssen, daß nach hier eingelangten Berichten die betreffenden Verhandlungen in Rom lediglich kirchliche Angelegenheiten zum Gegenstand hatten. Alle westen im Widerspruch mit diesem Sachverhalte stehenden Kombinationen entfallen hiernach von selbst und eben so wenig bedarf es einer Widerlegung der Angabe, daß der k. k. österreichische Botschafter in Rom an Verhandlungen Theil genommen habe, welche das österreichische Interesse der Natur der Sache nach in keiner Weise berührten.“

Nach Mittheilungen, welche der „Botsch.“ erhält, hat Kardinal Antonelli die ausdrückliche Bedingung für das Eintreten in die Verhandlungen gesetzt, daß sich dieselben auf das kirchliche Gebiet beschränken. Die Verhandlungen sollen übrigens faktisch bereits zum Abschluß gediehen sein.

In Italien scheint man den Verhandlungen in Rom hohe politische Bedeutung beizulegen: das lehrt eine Rundschau auf die italienischen Blätter. Wir wollen nur Einiges zitiren. Die offiziösen Turiner Blätter lassen jetzt plötzlich die Ansicht gelten, „daß die Wiedereröffnung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der italienischen Regierung eine Thatsache von unbestreitbarer Wichtigkeit sei, aus der großen Resultate hervorgehen könnten, falls der Papst den Anforderungen der Zeit und den Gesinnungen der italienischen Regierung gerechte Rechnung tragen werde.“

Die letzten Nachrichten aus Mexiko lauten im allgemeinen nicht günstig. Die Pacifikation des Landes scheint trotz allen gegentheiligen Versicherungen französischer Organe keine Fortschritte zu machen, und namentlich in England zweifelt man an der Zukunft des Kaiserreiches. — Ueber New-York ist die Mittheilung eingetroffen, General Cortinas habe sich für Juarez ausgesprochen und einen Angriff auf Matamoras gemacht, sei aber zurückgeschlagen worden.

Einer sonderbaren Mittheilung begegnen wir im „Bild.“: Ein Korrespondent dieses Blattes schreibt dem Kaiser Napoleon den Plan zu, aus den sünmlischen Platastaaten ein zweites Mexiko zu machen, um dort eine Dynastie Joaquin zu gründen. Ueber diese Absicht sind auf jeden Fall nähere Aufklärungen abzuwarten.

12. Sitzung des Herrenhauses

vom 11. Mai.

Präsident: Fürst Carlos Auersperg.

Auf der Ministerbank: Mecsey, Lasser, Plener, Burger, Frank, Nádasdy.

Der Präsident widmet dem dahingeschiedenen Mitgliede des Hauses Fürst Karl Liechtenstein einen warmen Nachruf. Das Haus erhebt sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen.

Unter den Einfäden ist das Finanzgesetz für 1865, welches der verstärkten Finanzkommission zur Berichterstattung zugewiesen wird. — Fernere Befreiungen betreffen das Gesetz über den Marken- und Musterschutz für Ausländer. (Wird an die betreffende Kommission gewiesen.)

Fürst Collredo legt eine Petition der Stadt Wien über die Konzession einer Bahn von Wien über Pilsen nach Prag vor.

Conte Fanfogna legt eine ähnliche Petition mehrerer böhmischen Gemeinden vor.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission des Herrenhauses über den Gesetzesvorhalt, betreffend die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Eisenbahnunternehmungen.

Die Majorität der Kommission (Verrichterstatter Ritter v. Pipis) beantragt:

Das hohe Haus wolle beschließen:

Der von dem Abgeordnetenhaus mitgetheilte Gesetzentwurf, betreffend die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Eisenbahnunternehmungen, wird in der vom andern Hause beliebten Zahlung angenommen, jedoch mit den zu den §§. 2 und 4 gewählten Modifikationen, daß nämlich §. 2 lautet:

Die Gesamtsumme der von einer Eisenbahnunternehmung zu entrichtenden Erwerb- und Einkommensteuer ist mit einer Hälfte auf die Gemeinde, in welcher die oberste Geschäftsführung der Unternehmung ihren Sitz hat und mit der anderen Hälfte auf alle Gemeinden ohne Unterschied u. s. w.

§. 4 soll lauten:

Diese Bestimmungen treten mit dem 1. Jänner 1866 in Wirklichkeit, dieselben haben jedoch nur für die Jahre 1866, 1867 und 1868 zu gelten.

Sollte im Laufe dieser Zeit über diesen Gegenstand ein neues Gesetz zu Stande kommen, so haben vom 1. Jänner 1869 an die bisher darüber bestehenden Bestimmungen wieder in Kraft zu treten.

Ferner sei anzusprechen, daß es mit Rücksicht auf die in Verhandlung stehenden Vorschläge der kaiserlichen Regierung, welche die Reform der Erwerb- und Einkommensteuer im Allgemeinen bezielen, nicht angemessen erscheine, ein besonderes Ersuchen an die kaiserliche Regierung zu richten, daß dieselbe baldigst einen Gesetzentwurf in Absicht auf die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Aktiengesellschaften, deren Unternehmungen an verschiedenen Plätzen ausgeübt werden, dem hohen Reichsrath vorlege.

Die Minorität der Kommission (Verrichterstatter Graf Wickenburg) stellt in Erwägung, daß keine genügenden Motive vorliegen, um den Status quo zu ändern und zum Nachtheile von Niederösterreich, der Stadt Wien, der Eisenbahnunternehmungen und der Staatsfinanzen Verfügungen zu treffen, welche mit

den Vortheilen, die dadurch außerden zugleich, in gar keinem Verhältnisse stehen, so wie in Erwägung, daß die gegen Einige ausgeübte scheinbare Willigkeit zu einer wirklichen Unwilligkeit gegen Dritte führen müßte, und daß bei der allgemeinen Steuerreform auch diese Angelegenheit ohne Zweifel eine sorgfältige Prüfung finden wird, den Antrag: Das hohe Haus möge beschließen, weder dem Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses noch der Regierungsvorlage seine Zustimmung zu ertheilen, sondern zur Tagesordnung überzugehen.

(Minister Graf Mendendorff erscheint auf der Ministerbank.)

Die Generaldebatte wird eröffnet.

Graf Czernin erklärt, daß er es in der Kommission gewesen, welcher für die vollständige Annahme des Gesetzentwurfs, wie er aus den Verathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, gesprochen und gestimmt habe. Ihm scheine das gegenwärtige Verhältnis so abnorm, daß die Abhilfe dringend nothwendig sei. Er stehe auf dem Standpunkte des Rechtes, seine ehrenwerthen Gegner auf dem Standpunkte der Opportunität. (Der Leiter des Handelsministeriums Freiherr v. Kalsberg erscheint.) Graf Czernin beantragt am Schlusse seiner Rede die Annahme des Gesetzes nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses.

Finanzminister v. Plener: Das bestehende Gesetz über die Erwerb- und Einkommensteuer sehe fest, daß die Steuererhebung in den Standorten der Unternehmungen erfolge, das Gleiche gelte von den Zuschlägen. Die praktische Wirkung des vorliegenden Gesetzes beschränke sich auf die Landes- und Kommunalzuschläge. Der darin gewählte Modus erscheine praktisch und eine Differenz zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus sei nur in Betreff des Prinzipiums. Der Vorschlag der Regierung scheine gerechter. Die Beschränkung der Gültigkeit der Dauer des Gesetzes erscheine der Regierung praktisch, weil erst Erfahrungen gesammelt werden müssen. Die Regierung erklärt sich mit dem Antrage der Majorität einverstanden.

Graf Anton Auersperg: Der dem Gesetze zu Grunde liegende Gedanke sei so verführerisch, daß man sich denselben nicht verschließen könne. Eine andere Frage sei aber die Durchführung, die eine sehr schwierige sein dürfe. Es sei ein öffentliches Geheimnis, daß es sich hier darum handelt, Zuschläge, welche bisher Wien erhielt, auf die Länder und Kommunen zu übertragen. Die Frage ist nur, welcher Rechtsanspruch die Kommune Wien habe; dieser ist gleich Null. Allein der faktische Besitz ist auch ein Recht, welches nur dem stärkeren weichen könne. Haben einzelne Gemeinden wirklich größere Lasten durch die Eisenbahnen, so sei der Weg durch die Landesgesetzgebung zur Abhilfe der beste. Nedner zählt ein konkretes Beispiel auf, von welchen Wirkungen der Vollzug dieses Gesetzes wäre. Es möge allenfalls gerichter sein, den Ländern die Zuschläge zuzuwenden, allein auch dieses sei nicht gerecht, weil die Unbilligkeit in dem Maßstabe der Zuschläge läge. Der Allgemeinheit, dem Staate gehört die Eisenbahn, nicht den einzelnen Ländern und Kommunen. Er halte an dem Satze fest, wer das Recht hat, erhalte das Ganze, nicht ein Viertel oder ein Halbes. Ihm scheine die Kommission gar nicht besonders begeistert für das Gesetz, gegen welches er stimmen werde. Bleiben wir bei dem gegenwärtigen Provisorium, bis die Steuerreform durchgeführt ist; wozu ein neues Provisorium? Es ist ein sehr schlechtes Zeichen für ein Gesetz, wenn mit dessen Erlassung auch sein Todesurtheil erfolgt. Gesetze müssen für die Dauer gemacht sein. Er werde für die Tagesordnung stimmen (Weifall).

Freiherr v. Hennet spricht gleichfalls für den Übergang zur Tagesordnung. Ihm erscheint der ganze Apparat zu künstlich. Die Gründe dieses Ge-

sezes erscheinen ihm nicht zureichend. Jede Eisenbahn wird von jeder Gemeinde als Wohlthat betrachtet, das Einkommen der Eisenbahnen kann unmöglich als unbeweglich betrachtet werden. Betrachte er auch die Willigkeit der gegenwärtigen Gesetzgebung als solches, so bestimme ihn dies um so sicherer zu seinem Votum.

Fürst Jablonowski erklärt gleichfalls für das Minoritäts-Votum stimmen zu wollen, ohne sich jedoch dessen Motivierung anzuschließen. Es müsse bei nahe erscheinen, als ob die Eisenbahnen ein Unglück für die Gegenden werden, die sie durchziehen.

Berichterstatter der Minorität Graf Wickenburg präzisiert in kurzen Worten den Inhalt der vorliegenden Frage. Das Gesetz betreffe nicht bloß Wien, sondern alle Orte, wo Zentral-Leitungen von Eisenbahnen existieren. Die Steuerreform und das Eisenbahnkonzessions-Gesetz werden Gelegenheit zur gründlichen Prüfung der Sachlage geben.

Minister v. Lasser erinnert noch einmal, was die Regierung zur Vorlage dieses Gesetzes veranlaßt habe. Die Frage war schon Gegenstand ministerieller Verhandlungen in den fünfziger Jahren. Es wäre vielleicht praktischer gewesen, mit dem Gesetzentwurf zu warten, bis die Steuerreform näher gerückt wäre. Allein nicht bloß das Abgeordnetenhaus, sondern auch das Herrenhaus habe das Verlangen nach einem solchen Gesetze ausgesprochen. Die Regierungsvorlage sei keineswegs tadellos, aber, wenn man hier etwas thun wolle, so halte er die Regierungsvorlage allerdings für die bessere. Der Gedanke sei wohl nahe gelegen, die zu vertheilenden Summen anstatt so vielen Gemeinden, den einzelnen Landeskunden zuzuwenden. Allein die gegenwärtige Gesetzgebung mit ihren Kompetenzen ist gegen diesen Modus. Was das Recht der Stadt Wien und Niederösterreich auf die Zuschläge betrifft, so ist dasselbe nicht der Art, daß es nicht ohne Entschädigung entzogen werden könnte. Der Grundsatz bleibt der richtige, daß von einem Erwerb, einem Einkommen in mehreren Gemeinden die Rede ist, diese sicher den rationalen Anspruch auf den Zuschlag haben. Er empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage, der man eine Berechtigung bis zu einer gewissen Grenze nicht absprechen könne. Eine solche große Begeisterung für ihre Vorlage habe auch die Regierung nicht.

Graf Anton Auersperg nimmt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung als eigenen auf. (Wird zahlreich unterstützt).

Schluss der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung morgen.

60. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 11. Mai.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Lasser, Pleuer, Heia, Sekretär von Kalsberg.

Den Vorsitz führt Vizepräsident v. Hopfen.

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einkäufe wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist die Nachwahl in den Eisenbahnaußschuß für die Linie Brunnau-Nied.-Neumarkt (an die Stelle des Dr. Herbst, welcher die Wahl ablehnte).

Feuilleton.

Laibacher Plaudereien.

(Gedrückte Lage — Die Auswanderer aus Oberkrain — Gesianung und Intelligenz — Die Seeschlange von Laibach — Feuerbrünste — Zur Dante-Feier.)

Der Raum, welcher dem Wochenchronisten bewilligt wurde, um die flüchtigen Ereignisse von sieben Tagen zu verzeichnen, wird immer mehr eingeschränkt, immer enger gezogen. Die Verhandlungen des Reichsrathes lasten schwer auf dem Feuilleton, sie machen ihm nicht nur Konkurrenz, sondern sie beeinträchtigen es auch; denn so manche Abgeordnetenrede, obwohl sie keinen größeren Werth hat, als den einer Plauderei, prätendiert doch über dem Striche zu erscheinen und sich da so breit, d. h. so lang als möglich machen zu dürfen. Ach, und die Goldkörner der Weisheit sind darinnen meist so dünn gesät, wie die Haare auf dem Kopfe — Bismarcks! Unter diesen Umständen bleibt dem Chronisten nur ein Weg offen, nämlich summarisch zu verfahren, sich kurz zu fassen und den Spruch „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“, den auch das Morgencasino in Rosenbach jetzt — leider etwas spät — zu seinem Motto gewählt hat, zu beherzigen.

Zum ersten Male wurde uns in dieser Woche ein Aufblick zu Theil, den man seit den zwanziger Jahren in Deutschland sehr oft haben konnte, nämlich den, Auswanderer von ihrer Heimat scheiden zu sehen. Es waren Bewohner des an Naturschönheiten

Die Stimmzettel werden abgegeben und sogleich das Skutinium vorgenommen. Bei dem ersten Wahlgange zerstörten sich die Stimmen derart, daß Niemand die Majorität hat, die meisten Stimmen erhielt Abg. Schindler. Die Wahl wird nochmals vorgenommen, in welcher abermals Niemand die absolute Majorität erhält. Die meisten Stimmen erhalten Schindler und Gschneider, zwischen welchen die engere Wahl vorgenommen wird. Das Resultat derselben ist, daß Abg. Gschneider mit 73 von 137 Stimmen als gewählt erscheint.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des Ausschusses (9 Mitglieder) zur Vorberathung des Gesetzentwurfs über die Permanenz des Steuerausschusses.

Die Wahlzettel werden abgegeben, das Skutinium vorgenommen. Die absolute Majorität erhielten: Mühlfeld, Kerer, Wezyl, Graf Hartig, Kuranda, Hahnau, Teutsch, Polowy und durch Nachwahl Hagenauer.

Nächster Gegenstand ist die erste Lesung des Antrages des Abg. Berger antäglich der Mittheilung des Herrn Justizministers, enthaltend eine Verwahrung mehrerer Präsidenten von Gerichtshöfen in Wien gegen den Inhalt der von dem Abg. Schindler in der Sitzung vom 26. April 1865 gehaltenen Rede.

Abg. Berger erhält als Antragsteller das Wort zur Begründung seines Antrages. Er sagt, der Eindruck der von dem Justizminister vorgelegten Schriftstücke im Hause sei der der Überraschung gewesen. Dieser Eindruck sei es gewesen, der ihn zu seinem Antrage bewogte. Der ganze höchst eigenhümliche und in Parlamenten kaum oft vorkommende Fall liege heute nicht mehr in seiner ganzen Reinheit vor. Der Präsident ließ damals die Schriftstücke in ihrem vollen Inhalt verlesen. Dadurch war ein fait accompli geschaffen, denn die Verwahrung war dem Hause mitgetheilt worden, daran lasse sich nichts ändern. Im Interesse des freien Wortes dürfe das Haus bei dieser vollendeten Thatsache nicht stehen bleiben. Man müsse etwas thun, um eine solche That für die Zukunft unmöglich zu machen. Wenn man zugibt, daß Proteste von Außen in das Haus gebracht werden, dann sei die Freiheit der Diskussion gehemmt. Der Justizminister habe die Zuschriften auf Grund des §. 25 der Geschäftsordnung ins Haus gebracht. Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen könne da nur von einer Mittheilung der Regierung die Rede sein.

Redner vermutet, daß diese Mittheilung die Folge eines Ministerrath-Beschlusses sei. Was mit Mittheilungen der Regierung zu geschehen habe, sei durch Präzedenzien festgestellt. Er erinnert an die Mittheilung der Regierung betreffs des Mandatsverlustes Rogawski's, welche ebenfalls an einen Ausschuß gewiesen wurde; er erinnert an die Mittheilung der Regierung betreffs der auf Grund des §. 13 genommenen Maßregeln, sowie an den Anspruch des Finanzministers, welcher auf Antrag des Abg. Giesler auf einen Ausschuß verwiesen wurde. Es erübrigte daher nur die Hauptfrage, ob die letzte Zuschrift des Justizministers derart sei, daß das Haus darüber hinweggehen kann. Durch Proteste von Außen sei, wie er bemerkte, die freie Diskussion im Hause beschränkt. Auch §. 1 des Immunitätsgezesses werde durch solche

so reichen, fruchtbaren Oberkrains, des oberen Savehales, Männer, Frauen und Kinder, selbst alte Mütterchen darunter, welche hier ankamen und auf dem Bahnhofe sich von den sie begleitenden Verwandten trennten. Der Abschied war ein ergreifender; zum letzten Male umarmten sich krampfhaft Eltern und Kinder, Bruder und Schwester, zum letzten Male reichten sie sich die Hand, zum letzten Male sagten sie sich Lebewohl! Die Thränen floßen, das Schluchzen erstieß die Stimme! Wer es mitangesehen, wie die kräftigen Kinder des Alpenlandes Abschied von einander nahmen, den muß es erschüttert haben. Freiligraths tiefempfundenes Gedicht Ich kann den Blick nicht von Euch wenden

Ich muß Euch ansch'n immerdar, kam uns in's Gedächtniß und wir dachten darüber nach, was diese Leute wohl veranlaßt haben könnten, ihrer schönen Heimat den Rücken zu kehren. Wohl sind die Zeiten schlecht und die Steuern drückend, wohl ist der Verdienst gering und sind die Subsistenzmittel zu schaffen schwer. Aber warum wandern zunächst Oberkrainer aus, die sich unter allen Kraiern noch am besten befinden? Herrscht nicht in Innerkrain größere Not? Sind die Zustände in Unterkrain besser als in Oberkrain? Der Hauptgrund dürfte nach allen Erfahrungen der sein, daß bereits Ausgewanderte ihre Angehörigen und Bekannten nachzu ziehen suchen. Damit erklärt sich auch die Erziehung, daß in gewissen Gegenden ein förmliches Auswanderungsfieber grassirt, wie z. B. vor Jahren in Württemberg und später Oberbayern und Franken. Auch die Oberkrainer sind von bereits Ausgewanderten zu diesem Schritte veranlaßt worden. Uebrigens hegen wir keine Sorge, daß es den wackeren Leuten

Proteste tangirt. Dieses bestimmt, daß Abgeordnete für ihre Neuerungen nur von dem Hause zur Rechenschaft gezogen werden können. Wenn der Protest diesen §. I nicht verletzt, so kreise er ihn doch sehr nahe, da der Protest gleichsam eine Rüge enthalte. Wenn man diesem Proteste Raum gibt, dann würden viele Proteste folgen. Man habe die Besorgniß ansgesprochen, daß die Immunität Vergangenheit würde zu Ausfällen gegen verschiedene Stände, aber man vergesse nicht, daß das österreichische Abgeordnetenhaus eine Interessenvertretung ist. Alle Interessen sind darin trotz der lückhaften Besetzung der Plätze vertreten. Wenn jemand im Hause den Richterstand, für welchen bei den Budgetdebatte manche Lanze eingelegt wurde, verletzen würde, so würde im Hause sich mancher Kämpfer für denselben erheben.

Redner spricht den Präsidien der Gerichtshöfe das Recht ab, solche Proteste zu erheben und sagt, wenn er gut unterrichtet sei, seien sogar bei den Gerichtshöfen Stimmen gegen die Proteste laut geworden. Wenn man es dabei bewenden ließe, daß die Schriftstücke vorgelesen wurden, würde man einen inkorrektionen Borgang genehmigen. Nach seiner Ansicht sollten die Schriftstücke im Protokolle gar keinen Platz finden und er glaubt, es wären die Schriftstücke an die Regierung zurückzuleiten. Sein Antrag bezwecke einfach die Sicherstellung des Hause gegen Proteste von Außen. Uebrigens seien in den Protesten gar keine Thatsachen angeführt worden, diese sagen nur, der Abgeordnete Schindler sei theils unzweideutig, theils in Redefiguren der Ehre des Richterstandes nahegetreten. Er empfiehlt daher seinen Antrag zur Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Berger, die Zuschriften an einen Ausschuß zur Vorberathung zu weisen, abgelehnt.

Es folgen Berichte des Petitionsausschusses.

Berichterstatter Abg. Ofner: Eine Anzahl von Sparkassen bitten um die Billigung zur Erhöhung des Zinsfußes. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, die Petitionen der Regierung zu empfehlen und sie aufzufordern dem Ansuchen der Sparkassen durch Einbringung einer Regierungsvorlage gerecht zu werden.

Abg. Brinz empfiehlt den Ausschusantrag.

Abg. Rechbauer wünscht dessen Ausdehnung auf andere Kreditinstitute.

Abg. Schindler wünscht die Aufhebung des Buchergesetzes, worauf der Ausschusantrag angenommen wird.

Acht Eisenbahngesellschaften petitionieren um Nachlass des Gebühren-Aequivalents. Der Ausschuss spricht sich gegen den Inhalt der Petition aus und beantragt, dieselbe ohne jede Bemerkung dem Finanzministerium abzutreten. (Angenommen.)

Der Verein der Industriellen petitioniert um Herstellung eines einheitlichen Maßes und Gewichtes. Der Ausschusantrag, diese Petition dem Handelsministerium zur möglichsten Berücksichtigung zu empfehlen und dasselbe zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Regelung des Maßes und Gewichtes vorzulegen, wird angenommen, nachdem Abg. Riese-Stallburg denselben befürwortet hat.

Mehrere niederösterreichische Weingartenbesitzer bitten um Steuernachlässe, eventuell Fristung der Steuern bis 1. Jänner 1866. Der Antrag, diese

schlecht gehen werde; sie schienen alle ganz intelligent zu sein, was schon daraus hervorging, daß alle deutsch zu sprechen verstanden.

Intelligenz ist zu allen Seiten das Medium gewesen, durch welches das Fortkommen des Menschen ermöglicht wurde; nur in unseren Tagen will man wenig Rücksicht darauf nehmen und hält es mehr mit der Gesinnung. Nun ist aber Gesinnung eine Eigenschaft, die sich auch der beschränkteste Mensch erwerben, die er wenigstens zur Schau tragen kann. Es gibt hier Menschen, die so voll Gesinnung sind, daß sie zu plakaten drohen; würde dies aber einmal geschehen, so würde man auch die innere Hohlheit gewahren. Wie Gesinnung und Intelligenz hier gewürdigt werden, das darf sich bei den in der nächsten Woche stattfindenden Gemeinderathswahlen zeigen. Wir wollen hoffen, daß Männer gewählt werden, die eben so patriotisch gesinnt als intelligent sind, und theilen durchaus nicht die Meinung jener Frauen, die ihre Männer nur deshalb auf den curulischen Stühlen sitzen sehen möchten, um für sich den Titel „Frau Gemeinderäthin“ beanspruchen zu können. Es wäre übrigens gar nicht so übel, wenn neben dem männlichen Gemeinderathe ein weiblicher bestünde, eine Art Oberhaus, das alle Beschlüsse des ersten zu filtern, zu restifizieren, zu approbieren hätte. Man könnte es auch, obgleich es eine contradiction generalis (Hauptwiderspruch?) wäre, Herrenhaus nennen, denn es würde dadurch der richtige, dem Familienleben entstammende Instanzenzug hergestellt werden.

Es gibt Dinge, welche nicht einmal über die erste Instanz hinwegkommen. Hierzu rechnen wir den Prozeß zwischen den Gewerkschafts-Direktor Langer

Petition der Regierung auf das Dringendste zu empfehlen, wird angenommen.

Abg. van der Straß berichtet über die Petitionen mehrerer Turnvereine um Einführung des Turnunterrichts als obligatorischen Gegenstand an den technischen Bildungsanstalten, an den Volks- und Mittelschulen und um Unterstützung aus Reichsmitteln.

Der Ausschusstantrag geht dahin, diese Petition der Regierung zur thunlichsten Berücksichtigung zu empfehlen. Die Abstimmung kann nicht vorgenommen werden, da das Haus beschlußunfähig ist, weshalb auch der Präsident die Sitzung schließt.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Brünn, 10. Mai. Der mährische Landesausschuss beschäftigt sich gegenwärtig eifrig mit der Frage der Umgestaltung des Franzens-Museums in eine Landesanstalt, der Übertragung der Olmützer Universitäts-Bibliothek nach Brünn und der Errichtung einer Landes-Universität.

Ausland.

Kiel, 8. Mai. Die österreichische Schrauben-Korvette „Erzherzog Friedrich“ ist vergangene Nacht in unsern Hafen eingelaufen und hat sich in unmittelbarer Nähe von dem preußischen Wachschiff „Arcona“ vor Anker gelegt. Morgens 9 Uhr, als die Flaggenparade auf den preußischen Schiffen stattfand, begrüßte die österreichische Korvette die preußische Admiralsflagge durch den üblichen Salut, welcher sofort von der „Arcona“ erwiedert wurde. Bald darauf stießen Offiziere der „Arcona“ und der russischen Dampfahrt „Standart“ auf der österreichischen Korvette einen dienstlichen Besuch ab. Vormittags 11 Uhr begab sich der Kommandeur des österreichischen Schiffes an Bord der „Arcona“ und hatte daselbst eine längere Unterredung mit dem Kommandeur des Wachschiffes, Korvetten-Kapitän Hassenstein, und dem interimistischen Chef der Flottenstation und Kommandeur der Korvette „Vineta“, Kapitän zur See Kuhn. So eben, 2 Uhr, werden auf Befehl auf dem Schloß, auf der Hauptwache und allen militärischen Gebäuden preußische Banner und Flaggen aufgezogen.

Aus Rom enthält die „Gen.-Corr.“ folgende wichtige Mittheilung: Sobald die Verhandlungen mit der Regierung des Königs Viktor Emanuel vollständig abgeschlossen sein werden, wozu es übrigens nur noch der Erledigung einiger formellen Fragen bedarf, wird, wie man vernimmt, das vatikanische Kabinett ein Exposé über Geschichte, Tendenz und Zielpunkte des Nebereinkommens an die katholischen Höfe abgeben lassen. Dieses Exposé, von ansehnlichem Umfang, ist bereits im Entwurf vollendet. — Der heil. Vater ist voll der innigsten Freude, daß die Hoffnung auf Beendigung der fast anarchisch gewordenen Zustände der italienischen Kirche der Verwirklichung so nahe gerückt ist. Das Verwaissein so vieler bischöflicher Sitz in Italien bereite ihm die schwerste und bitterste Sorge.

Wie man aus Rom vernimmt, bewohnt der neue Abt Franziskus Liszt einige Gemächer im Va-

tilan und hätte ihn kürzlich Pius IX. durch einen Besuch ausgezeichnet. Bei dieser Gelegenheit hätte Se. Heiligkeit dem neuen Kleriker ausdrücklich die Erlaubnis ertheilt, auch fernherhin Klavier zu spielen. Man will in Rom bereits wissen, daß Liszt zum Kanonikus von St. Peter und zum Director der päpstlichen Kapelle ernannt werden wird.

— Der „Moniteur Algerien“ vom 6. d. M. veröffentlicht nun auch eine kaiserliche Proklamation an das arabische Volk, worin es heißt:

„Als vor 35 Jahren Frankreich den Fuß auf den Boden Afrikas setzte, erschien es nicht, um die Nationalität eines Volkes zu zerstören, sondern um es aus hundertjährigem Druck zu befreien. Demnach habt ihr, in stolzer Auflehnung gegen eine auswärtige Herrschaft, gegen eure Befreier gekämpft. Ich ehre dieses Gefühl der Kriegerwürde, aber Gott hat entschieden. Erkennt die Gebote der Befreiung. Wie ihr, widerstanden mutig eure Vorfahren, und doch stammt gerade eure Wiedergeburt von ihrer Niederlage her. Euer Prophet hat gesagt: „Gott verleiht die Macht wem er will.“ Ich komme nun, um diese Macht in eurem Interesse auszuüben. Ich habe euch unwiderruflich das Eigenthum des Bodens, den ihr innehabt, zugesichert. Ich will eure Wohlfahrt mehren. Sagt euren Brüdern, die sich in neue unselige Aufstände fortsetzen lassen, daß zwei Millionen Araber vierzig Millionen Franzosen zu widerstehen unvermögend sind. Ich sage meinen Dank der großen Mehrzahl, deren Treue den Nathschlägen des Fanatismus widerstand. Bereits einigen eich große Erinnerungen und mächtige Interessen mit dem Mutterlande. Ein militärischer Brudersinn hat sich in der Krim, in Italien, China und Mexiko ausgebildet. Habt also Vertrauen. Eure Geschicke sind mit den Geschicthen Frankreichs beinahe völlig vereint. Erkennt mit dem Koran an, daß der, welchen Gott leitet, wohlgeleitet ist.“

Diese Proklamation beweist, wie die ihr vorangegangene, daß der Kaiser nicht daran deutl. in Algerien radikale Veränderungen vorzunehmen. Abd-el-Kader, von dem aus Aulah dieser Reise so viel die Rede ist, befindet sich jetzt in Konstantinopel und bleibt dort bis Ende Juni. Erst dann soll er nach Paris kommen.

New-York, 28. April. Der Mörder des Präsidenten ist sterbend in die Hände der Polizei gefallen. Mit seinem Spießgesellen Harold hatte Wilkes Booth in St. Marys County, Maryland ein Versteck aufgesucht in der Nähe eines Sumpfes. Hierhin wurden sie von Oberst Baker und seiner berittenen Polizei verfolgt, suchten Zuflucht in einer Scheune bei Garretts-Harm am Rappahannock bei Port-Royal und verbarrakadierten sich daselbst. Die Polizei forderte sie auf, sich zu ergeben; sie weigerten sich und die Scheune wurde in Brand gesteckt. Booth schoß auf einen Sergeanten, welcher den Schuß erwidern den Mörder niederschreckte. Harold kam aus der Scheune hervor und ließ sich verhaften; er ist wahrscheinlich der Helfershelfer des Meuchelmörders, welcher das Attentat an Herrn Seward beging. Booth starb während der drei Stunden, welche er nach erhaltenem Schusse noch lebte, noch Verwüstungen gegen den Norden und seine Regierung aus. Sein Bruder Junius Brutus

und der Südbahngesellschaft. Wie oft ist die Schlussverhandlung schou anberaumt und immer ist sie wieder vertagt worden. Man kann diese Angelegenheit als juridische Seeschlange von Laibach bezeichnen. Eine gewisse Achulichkeit ist ihr durchaus nicht abzusprechen. Die traurige Wahrnehmung, daß bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit die Feuersbrünste in erschreckender Weise zunehmen, fängt auch heuer wieder an sich zu bestätigen. Wir haben bereits mehrere solche Brände zu verzeichnen gehabt und dabei stets die betrübende Bemerkung machen müssen, daß das Versicherungswesen von unseren Landbewohnern noch immer nicht recht gewürdigt wird. Es ist Aufgabe aller Autoritäten, auf die Vortheile desselben hinzuweisen und zu veranlassen, daß die Leute ihre Habe versichern, denn wenn sich Brandunfälle öfter wiederholen, wird es immer prekärer sich auf die Wohlthätigkeit der Landesangehörigen zu stützen, deren Säckel schon auf so vielfache Art in Anspruch genommen wird. Jeder größere Brand, wenn die Objekte nicht versichert sind, vermindert den Volksreichtum, denn der Erfaz muß durch eigene Mittel gedeckt werden — eine Bemerkung, die gegenüber der Klage über Abnahme des Volkswohlstandes wohl am Platze ist.

Obwohl die Plaudereien nur den lokalen Ereignissen und Zuständen gewidmet sind, erlauben wir uns doch schließlich eine kleine Abschweifung auf das auswärtige, und zwar auf das literarische Gebiet. Morgen am 14. Mai feiert Italien das 600jährige Geburtstagsfest seines ersten und größten Dichters — Dante. Sein Name ist wohl zumeist nur in gebildeten Kreisen bekannt, denn die „commedia divina“ gelesen zu haben, dürften nur wenige zu behaupten im Stande sein. Die Form des Gedichtes ist uns fremd, sein

(jun.) ist in Haft genommen, weil er von der Verschwörung gewußt haben soll. — Die Leiche Lincolns ist am 25. in New-York ausgestellt gewesen. Dem Trauerzug, welcher sie an die Eisenbahnstation geleitete, schlossen sich über 150.000 Menschen an. Von New-York ward die Leiche nach Albany, von letzterem Orte nach Syracuse gebracht.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 13. Mai.

In der gestern stattgehabten Sitzung der Handels- und Gewerbelämmen wurden die vorigen Montag rückständig gebliebenen Gegenstände der Tagesordnung erledigt. Den Vorsitz führte, da der verehrte Herr Präsident L. Luckmann, wie ein hieriges Blatt meldet, „wegen steter Kränklichkeit“ verhindert und der Vizepräsident Herr Samassa sen. verreist ist, der älteste Kammerath, Herr Holzer. Die Montagsitzung ist indeß, wie wir mitzuheilen ersucht werden, weniger wegen Unwohlsein des Präsidenten als vielmehr wegen vorgerückter Stunde abgebrochen worden.

— Wie wir hören, sind in der vorgestrigen Versammlung der Slovenska Matica alle Anträge auf Änderung der Statuten, also auch jener des Herrn Dr. Bončina, abgelehnt worden.

— Montag geht die Konkursfrist bezüglich des Theaters zu Ende. Wie wir vernehmen, haben sich im Ganzen zwei Unternehmer gemeldet, Calliano und Böhm von Warasdin, welch' Letzterer vor zwei Jahren noch als Schauspieler hier engagirt war. Die Wahl ist schwer; man sagt, der Landes-Ausschuss sei voll Zweifel, welchem von beiden Bewerbern er den Vorzug geben soll!

— In der Ortsgemeinde Harije, des Bezirkes Feistritz, hat die Neuwahl eines Gemeinde-Vorstechers stattgefunden und es ist dabei Michael Hervat in zum Gemeinde-Vorsteher gewählt worden.

— Vom 15. d. M. angefangen wird der Fahrpreis für die zwischen Wien und Triest verkehrenden Züge um 20 pCent. über den Normaltarif erhöht, dagegen bleiben die Zugsgebühren vorläufig vom Agiozuschlage befreit. Die Gesellschaft ist zu dieser Erhöhung der Fahrpreise konzessionsmäßig berechtigt.

— Um Privatgeldsendungen an Individuen des kaiserlich österreichisch-mexikanischen Freiwilligenkorps und umgekehrt von diesen an ihre Angehörigen etc. in Österreich eine Erleichterung zu gewähren, ist die Bewilligung erfolgt, daß die bezüglichen Betriebe welche nach Mexiko gesendet werden sollen, beim kaiserl. mexikanischen Oberst und Gesandtschaftsattaché Mathias Leisser in Wien erlegt werden können, über dessen Anweisung die Auszahlung derselben an die Befreundete vom österreichisch-mexikanischen Freiwilligenkorpskommando zu erfolgen hat, und daß andererseits die bei letzterem zu Gunsten von in Österreich lebenden Individuen erlegten Gelder auf Anweisung des Korpskommando vom genannten Obersten in Wien ausbezahlt werden.

— An der I. I. Oberrealschule in Görz ist eine Lehrstelle für deutsche Sprache mit Literatur als Hauptfach in Verbindung mit einem andern Lehrgegenstande als Nebenfach in Erledigung gekommen. Mit dieser Stelle ist ein Gehalt jährlicher 630 fl., eventuell 840 fl. österr. Währung mit dem Vorurkungsrecht in die höheren Gehaltsstufen jährlicher 840 und 1050 fl. öst. W., beziehungsweise jährlicher 1050 und 1260 fl. öst. W. verbunden. Die Bewerber haben ihre Gesuche bis zum 20. Juni d. J. bei der Statthalterei einzubringen.

— Die Klagenfurter Handels- und Gewerbelämmen hat am 1. Mai eine Petition an den Reichsrath gerichtet, worin sie um Ablehnung des preußisch-österreichischen Handelsvertrages bitten. Die Petition schildert in sehr eingehender, schlagender Weise die Notlage der kärntnischen Eisenindustrie, welche von der Regierung selbst zu großem Betriebe angespornt worden war, während die nachfolgenden Willkürmaßregeln des Ministeriums Bruck die kaum in's Leben gerufene Industrie wieder erdrückten und die ungeheuren Verluste verschuldeten, welche das Land im Jahre 1858 traten. Sie schildert die Ursachen, warum weder Eisen noch Blei die durch den Vertrag entstehende Konkurrenz ertragen können, und weist nach, daß die Voraussetzungen zur Konkurrenzfähigkeit: große Betriebskapitalien, Vollendung des Eisenbahnsystems, schwunghafter Betrieb der inländischen Maschinenfabriken und des Schiffbaues nicht in 14 Tagen geschaffen werden können. An die Bitte um Ablehnung des Vertrags reicht die Handelslämmen das weitere Begehren, daß bei der Berathung des allgemeinen Zolltariffs die speziellen Vertreter der einschlägigen Industriezweige, beziehungsweise der kärntnischen Montanindustrie vernommen und daß bis zur Feststellung eines neuen Tariffs alle jene Änderungen am 53er Zolltarif außer Kraft treten sollen, welche blos durch einfache Ministerialerlässe verfügt wurden.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) In der nächsten Woche finden bei dem hiesigen k. k. Landesgerichte folgende Schlußverhandlungen statt: Am 17. Mai: Matthäus Gantor — wegen Todtenschlag. Am 18. Mai: 1. Maria Vajde — wegen Diebstahl; 2. Josef Bursik — wegen Betrug; 3. Peter Mahorić — wegen Diebstahl. Am 19. Mai: 1. Andreas Suppanz und Andreas Hafner — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 2. Johann Košnik — wegen Diebstahl; 3. Martin Černe — wegen schwerer körperlicher Beschädigung.

Vermischte Nachrichten.

Der Leipziger Verein für Erdkunde warnt in einem öffentlichen Anruf dringend vor der Auswanderung nach Mexiko unter einer sittlich „verkommenen buntfarbigen Menschengesellschaft, die sich durch Rassenkämpfe in der wildesten Weise aufzulösen droht“, und noch mehr vor jener nach Yucatan, wo der Anbau von Nahrungsmitteln nicht lohnt, Kulturpflanzen nur mittelst Plantagenwirtschaft die Konkurrenz bestehen, Viehzucht wegen Mangel an fließendem Wasser äußerst schwierig und das Klima sehr ungesund ist.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Telegraphische
Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 12. Mai.

5% Metalliques	71.65	1860-er Anleihe	94.05
5% Mat.-Anleihe	76.40	Silber . . .	107.25
Bauaufträge . . .	804.—	London . . .	109.30
Kreditaktien . . .	106.10	k. k. Dokaten	5.15.—

Fremden-Anzeige

vom 11. Mai.

Stadt Wien.

Die Herren: Glas, Kaufmann, von Wien. — Löwinger, Kaufmann, von Kaničha. — Wolf und Sonne, Handelsleute, von Gottschec.

Elephant.

Die Herren: Horvathin, Stadtpfarrer und Dr. v. Gollas von Triest. — Stiebler, Weführer, von Graz — Sajovic, Cooperator, von hl. Kreuz. — Smole, Cooperator, von Rechnitz Pogazher, Holzhändler, aus Oberkrain. — Schröder, Handelsmann, von Planina.

Wilder Mann.

Die Herren: Graf Barbo, Gutsbesitzer und Lindner, k. k. Oberleutnant, von Kroisbach. — Frau Greßl, Gutsbesitzerin, von Triesen.

Bayerischer Hof.

Herr Lukacs, k. k. evang. Garnisons-Teilprediger, von Udine.

Mohren.

Die Herren: Kopitar, Geistlicher, von Gisell. — Kröger, Handelsmann, von Graz.

Verstorbene.

Den 5. Mai. Dem Johann Nakoviz, Schuster und Hansbesitzer, sein Kind Maria, alt 2 Jahre, in der Ternau-Vorstadt Nr. 41; dem Johann Bisovizbar, Weber und Hansbesitzer, sein Kind Anton, alt 11 Monate, in der Ternau-Vorstadt Nr. 43; dem Simon Zherue, Taglöhner, sein Kind Maria, alt 8 Monate, in der Stadt Nr. 58; dem Christian Kausch, Kellner und Pelzhändler, sein Kind Emilie, alt 11 Monate, in der Stadt Nr. 234; und der N. N. ihr Kind Albina, alt 11 Monate, in der Stadt Nr. 61, alle fünf am Rücktritt der Maseri. — Dem Blasius Grill, Brähnhausfänger, seine Tochter Maria, alt 8 Jahre, in der Koral-Vorstadt Nr. 73; und Herr Edward Ferdinand Gintl, jubil. k. k. Baudirektor, starb im 68. Lebensjahr, in der Stadt Nr. 236, Beide am Gehirnschaden. — Dem Herrn Martin Irlitsch, pens. k. k. Landesgerichtsdienner und Hansbesitzer, sein Kind Josef, alt 2 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 52, an der Lungentuberkulose.

Den 6. Anton Langoff, Zwängling, alt 18 Jahre, im Zwangsarbeitshause, an der Lungentuberkulose. — Maria Bidiz, Private und Bürgerstochter, starb im 69. Lebensjahr, in der Polana-Vorstadt Nr. 66, am Schlagflusse. — Maria Koschel, Käschlerswitwe, starb im 86. Lebensjahr, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 82, an der Entkräftigung. — Dem Jakob Klopfitsch, Taglöhner, sein Kind Anna, alt 1 Jahr, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 78, an Rücktritt der Maseri.

Den 7. Franz Seršen, Taglöhner, alt 25 Jahre, im Civilspital, an der Lungentuberkulose. — Dem Herrn Heinrich Novak, Hans- und Realitätsbesitzer, sein Kind Wilhelm, alt 1 Jahr, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 55, am Baierkopfe.

Den 8. Peter Jerin, Packer, alt 40 Jahre, im Civilspital, an der Gehirn Wassersucht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 13. Mai. Das Herrenhaus geht bezüglich der Erhebung der Eisenbahnu- steuer zur Tagesordnung über.

Das Abgeordnetenhaus bewilligt für Bahn Arad-Alvinz-Karlsburg bei 14 Mil- lionen, eventuell einem Konzessionär Garan- tie für 1.050.000 fl. Einnahme.

Berlin, 11. Mai. Die Wiener Nachricht der „Neuen Fr. Presse“, Österreich habe in Berlin den Vorschlag gemacht, für die Verlegung eines Theils der preußischen Marine nach Kiel eine entsprechende Re- duktion der Landstruppen eintreten zu lassen, ist unbe- gründet. Österreich hat einen derartigen Vorschlag nicht gemacht. Preußen hat vielmehr schon am 17. April in der ersten Beantwortung der Beschwerde Österreichs vom 11. April wegen Verlegung der preußischen Flottenstation nach Kiel sich bereit erklärt,

nach Verlegung der Marinestation nach Kiel eine ent- sprechende Verminderung des Landheeres eintreten zu lassen.

Hamburg, 11. Mai. (N. Fr. Pr.) Die „Kiefer Zeitung“ berichtet, daß das preußische Oberkommando Vorbereitungen trifft wegen Rückverlegung von sechs Infanterieregimentern und mehreren Dragoner-Schwadronen nach Preußen.

Eine Deputation der Stadt Szeged hat sich unter Umgehung des Zivilministeriums an Generalmajor v. Kalik mit der Bitte um Erleichterung der Einquar- tierungslast gewendet.

Die Rückkehr Theodor Olshausen's, Mitgliedes der provisorischen Regierung der Herzogthümer von 1848, aus Amerika bestätigt sich. Derselbe soll dem- nächst eintreffen und wird ihm ein glänzender Empfang bereitet werden.

Konstantinopel, 6. Mai. Abd-el-Kader ist hier eingetroffen und Gast des Sultans. Der neue Premierminister hatte alle 66 Provinz-Gouverneure abgesetzt. Es geht das Gericht von einer Expedition nach Herat, um die russischen Operationen in Central-Asien zu unterstützen.

Den 9. Dem Kaspar Orenz, k. k. Briefträger, seine Tochter Paula, alt 11 Monate, in der Graditscha-Vorstadt Nr. 22, — dem Josef Melit, Halbhübler, seine Tochter Johanna, alt 1 Jahr und 5 Monate, am Moorgrunde Nr. 13, — und dem Herrn Anton Batich, Tischlermeister, sein Kind Antonia, alt 11 Monate, in der Stadt Nr. 88, alle drei am Rücktritt der Maseri. — Dem Herrn Johann Kenda, k. k. Landeshauptkassa-Kassier, sein Sohn Raimund, alt 6 Jahre, in der Stadt Nr. 10, am Kehlkopf-Cronp in Folge der Maseri.

Den 10. Dem Herrn Julins Partel, Seifensfabrik- und Haushabber, sein Sohn Franz, alt 2 Jahre und 6 Monate, in der Polana-Vorstadt Nr. 67, an Maseri. — Dem Valentijn Idouch, Taglöhner, sein Kind Rosalia, alt 2 Jahre, in der Ternau-Vorstadt Nr. 48, — und dem Matthäus Slerjan, Taglöhner, sein Kind Maria, alt 3 Jahre, in der Grudecky-Vorstadt Nr. 28, beide am Rücktritt der Maseri. — Dem Herrn Johann Repich, Maschinenführer, seine Tochter Maria, alt 8 Jahre, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 18, an der Lungentuberkulose. — Den 11. Dem Herrn Matthias Leval, Schlossermeister, sein Sohn Felix, alt 22 Jahre, in der Stadt Nr. 83, an der Lungentuberkulose. — Helena Koroschitz, Inwohnerstochter, alt 24 Jahre, im Civilspital, an der Gehirn- lähmung.

(157--1)

AVISO.

Vom 17. bis 24. d. M. mit Ausnahme des 21. wird täglich in Laibach am Jahrmarktplate um 9 Uhr Vormittag eine Parthei

Pferde
plus offerten verkauft werden.
Vom k. k. Fuhrwesens-Standes- Depot Nr. 6.

(945--1) Nr. 642.

Editto.

Dall i r. Tribunale Provinciale di Zara quale foro di ventilazione, si porta a pubblica notizia che nel giorno 14. Novembre 1864 è morto in questa città Mattias Zvar, usciere Luogo tenenziale in pensione, nato a Orteneg nella Carniola il 4 Gennaro 1790, era figlio di Andrea Zvar e di Mariana Kishouka, lasciando una disposizione di ultima volontà colla quale dispose di vari legati anche a favore dei figli delle di lui due sorelle e dei fratelli Essendo ignoto al Giudizio chi sieno i precitati figli delle due sorelle e dei due fratelli di Mattias Zvar, e dove essi abbiano dimora ed ignorandosi

(938--2)

Nr. 1658.

2. und 3. erektive Teilstietung.

Mit Bezug auf das diesjährige Edict dito. 9. März d. J. 3. 983 wird bekannt gemacht, daß die auf den 2. Mai d. J. angeordnete erste Teilstietung der Realitäten des Johann Nowak in Steinbüchel als abgehalten erklärt wurde, und daß es bei der auf den

2. Juni und 3. Juli d. J., anberaumten zweiten und dritten Teilstietung sein Verbleiben habe.

k. k. Bezirkamt Radmannsdorf, als Gericht, am 2. Mai 1865.

Gasthaus in Steinbrück

nächst dem Bahnhofe!

Unterzeichnet macht hiermit bekannt, daß er die Gasthauslokalitäten genannt: „zum Fleischhacker“ in Steinbrück, versehen mit Fremdenzimmern nebst guten Betten, schattigem Sitzgarten und Badehaus auf dem Sannfluss, Stallung, z. z. vom 15. Mai i. J. ab auf mehrere Jahre pachtweise übernommen und ganz renovirt hat.

Die nahe Lage dieses Gasthauses vom Bahnhofe macht dasselbe besonders geeignet, jenen Reisenden, die des Zugverkehrs wegen genötigt sind, sich in Steinbrück aufzuhalten, zur Ruhe und Erholung zu dienen.

Für gute Küche und Getränke in reicher Auswahl zu billigsten Preisen, sowie für aufmerksame Bedienung wird stets bestens Sorge tragen

J. C. Scheiner.

Unter dem Fabrikspreise.
Nur noch wenige Tage
Gänzlicher Ausverkauf
von
Spezerei-, Colonial- und Email-
Eisen-Geschirr-Waaren
bei W. Schiffner,
N. 19 & 20. Altenmarkt. N. 19 & 20.

Ich mache die hochverehrten Abnehmer darauf aufmerksam, daß ich gute Waare am Lager habe, und selbe unter den Fabrikspreisen verkaufe.

(854--4)

Beachtenswert.

Hiezu ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt, dann Nr. 19 der „Blätter aus Krain.“